

Irak: Die aktuelle Entwicklung im Zentral- und Südirak

Update

Alexandra Geiser

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch
www.osar.ch

Bern, 5. November 2009

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
PC-Konto: 30-1085-7


AUTOR

Alexandra Geiser

SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

COPYRIGHT

© 2009  Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Politische Entwicklung	1
3	Sicherheitssituation	4
4	Justizsystem	7
5	Menschenrechtssituation	9
6	Humanitäre/sozioökonomische Lage.....	14
7	Rückkehr	17

1 Einleitung

Beobachter sind sich einig, dass sich die Sicherheitssituation im Irak seit 2007 massgeblich verbessert hat. Während im Jahr 2006 pro Monat bis zu 3000 Menschen bei gewaltsamen Auseinandersetzungen ums Leben kamen, sind es heute 400 bis 500. Was in anderen Ländern eine extrem hohe Rate an Gewaltopfern ist, erscheint für irakische Verhältnisse als positive Entwicklung. Es besteht aber die Gefahr, dass die hohen Opferzahlen als normal und unvermeidbar gewertet werden und die vorherrschende Gewalt banalisiert wird.

Die Verbesserung der Sicherheitslage hängt mit kurzfristigen Massnahmen zusammen. Langfristige Veränderungen, die Stabilität mit sich bringen würden, sind nicht eingetreten: Die Zahlen der intern Vertriebenen und Flüchtlinge sind nicht massgeblich gesunken, das Niveau der staatlichen Dienstleistungen bleibt tief, die Bevölkerung ist fragmentiert, die wirtschaftliche Situation hat sich nicht verbessert. Auf politischer Ebene ist es bisher nicht gelungen, die fundamentalen Konfliktthemen anzugehen: die Machtaufteilung zwischen den Schiiten und den Sunniten, die Lösung des Streites zwischen der kurdischen Behörde in Kurdistan-Irak und der Zentralregierung um Kirkuk sowie die Verteilung der Ölfelder. Mit dem Abzug der US-Truppen aus den irakischen Städten hat die Gewalt generell wieder zugenommen. Die Anschläge im August und Oktober 2009 in einem der sichersten Gebiete Bagdads gegen Institutionen der Zentralregierung zeigen die Schlagkraft der Extremisten und die Schwäche der irakischen Sicherheitskräfte. Viele rechnen mit einer Zunahme der Gewalt im Vorfeld der Parlamentswahlen, die für 2010 geplant sind.

Das vorliegende Update bietet einen kurzen Überblick zur politischen Situation und Sicherheitslage, zur Justiz- und Menschenrechtssituation, zur humanitären/sozio-ökonomischen Lage sowie zur Rückkehrsituation. Es schliesst an den letzten SFH-Bericht vom August 2008¹ an und beruht auf der Auswertung von bekannten Quellen.² Aufgrund der vorliegenden Situationsanalyse hält die SFH an ihrer Position von 2007³ fest und stuft einen Wegweisungsvollzug von abgewiesenen Asylsuchenden in den Zentral- und Südirak zum heutigen Zeitpunkt wegen der schlechten Sicherheitssituation und Instabilität generell für unzumutbar ein.

2 Politische Entwicklung

2003 hat die US-Koalition die meisten staatlichen Institutionen aufgelöst und den Staatsaufbau den früheren irakischen Oppositionsparteien und deren Milizen überlassen. Politik im Irak ist eine komplexe, facetten- und gewaltreiche Auseinandersetzung um Macht und Einfluss. Die politische Landschaft ist entlang ethnischen, religi-

¹ SFH, Irak: Update vom August 2008, 14. August 2008: www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/arabia/irak.

² Für eine Sammlung zahlreicher Berichte zum Irak siehe: www.refworld.org; www.ecoi.net.

³ SFH, Irak: SFH-Position zu Asylsuchenden aus Irak vom 25. Juni 2007: www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/arabia/irak.

ösen, tribalen Strukturen, Klans und Familien gegliedert. Die politische Neuordnung im Irak geht nicht voran. Der politische Kurs im Irak ist weiterhin ungewiss und unsicher.⁴

Trotz einzelner Fortschritte auf politischer Ebene hat der Irak die seit dem Einmarsch der US-Truppen im Jahr 2003 vertiefte Ethnisierung und Konfessionalisierung der politischen Landschaft noch lange nicht überwunden. Die vordergründig verbesserte Sicherheitssituation hängt von unstabilen Faktoren ab und ist eher auf der Grundlage von Machtinteressen der einzelnen Fraktionen entstanden als aufgrund politischer Entwicklungen. Nach wie vor sind alle staatlichen Institutionen, einschliesslich der Sicherheitskräfte, entlang ethnischer und konfessioneller Linien gespalten.⁵ Die politischen Institutionen sind ineffizient und oft von Korruption betroffen. Zwar wurden politische Fortschritte erzielt, zum Beispiel konnten die Sunniten in die Institutionen zurückkehren und die Sicherheitslage wurde verbessert, doch diese Entwicklungen sind bisher vor allem mit informellen Abkommen und dem Einsatz von Gewalt und Geld erreicht worden und kaum in demokratischen Prozessen.⁶ Der Irak ist ein «failed state», in dem wahrnehmbare staatliche Institutionen und nationaler Zusammenhalt nicht existieren.⁷ Die schiitisch dominierte Zentralregierung hat weder in Kurdistan-Irak noch im sunnitischen Zentral-Irak oder im schiitischen Süd-Irak viel Einfluss.⁸

Provinzwahlen: Die Provinzwahlen am 31. Januar 2009 fanden in 14 der 18 Provinzen statt. Ausgenommen waren die drei Provinzen in Kurdistan-Irak sowie die umstrittene Provinz At Ta'mim (Kirkuk). Die Wahlbeteiligung von 51 Prozent war geringer als bei den letzten Wahlen im Jahr 2005.⁹ Die Wahlen verliefen unter grössten Sicherheitsvorkehrungen weitestgehend friedlich. Im Gegensatz zu den Provinzwahlen 2005 beteiligten sich diesmal auch die Sunniten am Urnengang.¹⁰

Die Resultate widerspiegeln die wichtigsten politischen Trends. Einerseits zeigen sie die extreme Fragmentierung der politischen Landschaft. Im schiitisch geprägten Südirak ging der grösste Teil der Stimmen an kleine Parteien und Listen wie an die Anhänger von Muqtada Al-Sadr, der im Süden eine wichtige Rolle spielt. Der *Islamic Supreme Council of Iraq* (ISCI), ehemals von höchster Bedeutung im Süden, hat sein Ansehen wegen Korruption, fehlender Infrastruktur und vorherrschenden Gewalt verloren und erhielt nur noch zehn Prozent der Stimmen. Die Koalition *State of Law* von Regierungschef Maliki, ein Bündnis verschiedener konfessioneller und ethnischer Strömungen, gewann im Süden 20 Prozent der Stimmen. Damit gehört Maliki zu den Gewinnern. In den meisten Provinzen ist seine Koalition jedoch nicht regierungsfähig, und er ist auf die Zusammenarbeit mit anderen Parteien angewiesen. Die Situation in den sunnitisch geprägten zentralirakischen Gebieten ist ähnlich.

⁴ SFH, Irak: Update vom August 2008, 14. August 2008.

⁵ Giga Focus, Das «Status of Forces Agreement» zwischen den USA und Irak: Kein bequemes SO-FA, Nummer 10, 2008: www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_0810.pdf.

⁶ NZZ, Starker Mann für schwachen Staat, 7. Februar 2009.

⁷ Foreign Policy/Fund for Peace, The Failed State Index 2008, Juli/August 2008: www.foreignpolicy.com/story/files/story4350.php.

⁸ SFH, Irak: Update vom August 2008, 14. August 2008.

⁹ Crisigroup, January, Iraq, 1. Februar 2009:

www.crisigroup.org/home/index.cfm?action=cw_search&l=1&t=1&cw_country=51&cw_date=

¹⁰ Auswärtiges Amt, Irak, Innenpolitik, Februar 2009: www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Irak/Innenpolitik.html.

Eine Palette von nationalistischen, islamistischen und stammesorientierten Parteien hat gewonnen, und es gibt keine klaren Sieger. Neben der politischen Zersplitterung spiegeln die Wahlergebnisse den grundlegenden Konflikt um die Machtaufteilung im Irak wider. Parteien und Gruppen, die ein föderales System fordern, haben verloren, diejenigen, welche einen starken Zentralstaat wollen, haben gewonnen. Demzufolge ging der Sieg an Parteien, die einen starken Zentralstaat wollen. Der ISCI, der sich für mehr Selbständigkeit des schiitischen Südens einsetzt, und die kurdischen Parteien haben verloren.¹¹

Für die Sunniten hat sich die Teilnahme an der Wahl bezahlt gemacht, so konnten sie zum Beispiel in der ethnisch heterogenen Provinz Ninewa die bisher kurdisch dominierte Provinzregierung ablösen. Die Ergebnisse reflektieren die lokale demographische Verteilung.¹²

Umstrittene Gebiete: Der Konflikt um die umstrittenen Gebiete – in den Provinzen Ninewa, At Ta'mim (Kirkuk), Diyala und Salah Al-Din – zwischen Kurdistan-Irak und der Zentralregierung, der sich primär um den Zugang zu Ressourcen und um Machtverteilung dreht, hat sich deutlich verschärft. Im Zentrum steht der Status von Kirkuk, wo nicht nur eine heterogene Bevölkerung – Araber, Kurden, Turkmenen und andere Minderheiten – lebt, sondern auch riesige Öl- und Gasvorkommen vorhanden sind. Seit August 2008 stehen sich entlang der *Trigger Line*, die sich von der iranischen bis zur syrischen Grenze zieht, Peschmerga, kurdische Sicherheitskräfte und irakische Truppen gegenüber.¹³ Die Festlegung der Grenzen des kurdischen Teilstaates ist eine der dringendsten wie auch schwierigsten Aufgaben. Bisher wurden die Bestimmungen, die dazu in der Verfassung enthalten sind, nicht umgesetzt.¹⁴ Die Kirkuk-Frage wurde über Jahre vernachlässigt; in der Zwischenzeit hat sich der Konflikt dementsprechend manifestiert, dass die Regierung unter Maliki nahezu handlungsunfähig ist. Gemäss einem Analysten der *International Crisis Group* wird die Zukunft des Irak von der Entwicklung des Konfliktes um die umstrittenen Gebiete abhängig sein. Es könnte zu einer Teilung des Landes kommen mit einer umstrittenen Grenze zwischen Kurdistan-Irak und einer dysfunktionalen Regierung in Bagdad, die keine Durchsetzungskraft hat.¹⁵

Kontroverse um das neue Wahlgesetz: Seit Monaten debattiert das Parlament ohne Ergebnis über unterschiedliche Entwürfe des Wahlgesetzes. Die Verabschiedung des Gesetzes ist bis anhin am Streit im Parlament um das Wahlverfahren in Kirkuk und um das künftige Wahlsystem gescheitert. Ohne ein neues Wahlgesetz droht eine Verschiebung der für Januar 2010 geplanten Parlamentswahlen – und damit ein politisches Vakuum.¹⁶ Sogar Maliki befürchtet, dass bei einer Verschiebung der Wahlen das Parlament und die Regierung ihre Legitimität verlieren würden,

¹¹ International Crisis Group, Iraq's Elections: Winners, Losers, and What's Next, 10. Februar 2009: www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5902&I=1.

¹² Auswärtiges Amt, Irak, Innenpolitik, Februar 2009; International Crisis Group, Iraq's Elections: Winners, Losers, and What's Next, 10. Februar 2009.

¹³ UNHCR, Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers, April 2009: www.unhcr.org/refworld/docid/49f569cf2.html.

¹⁴ NZZ, Starker Mann für schwachen Staat, 7. Februar 2009.

¹⁵ Joost R. Hiltermann, Iraq: A bigger Threat than Bombs 18, 29. Oktober 2009: <http://blogs.nybooks.com/post/225982770/iraq-a-bigger-threat-than-bombs>.

¹⁶ NZZ, Bombenterror in Bagdad, 26. Oktober 2009: www.nzz.ch/nachrichten/international/bombenterror_in_bagdad_1.3923316.html.

was leicht zu einem Wiederaufflammen der Konflikte zwischen Anhängern verschiedener Konfessionen und Religionen führen könnte.¹⁷

Der Konflikt dreht sich um die Frage nach offenen oder geschlossenen Wahllisten, und auch dieser Konflikt wird entlang den üblichen Linien geführt. Maliki plädiert für offene Wahllisten; offene Listen geben die Gelegenheit, als besonders korrupt geltende Politiker abzuwählen. Dagegen fordern der schiitische ISCI, die Anhänger von Muqtada Al-Sadr und auch die kurdischen Parteien geschlossene Wahllisten. Die Gefahr einer Eskalation der Gewalt aus Anlass der bevorstehenden Wahlen scheint für viele Beobachter unabwendbar.¹⁸

Die Gründung der neuen *Iraqi National Alliance* (INA), einer Koalition der zwei grossen schiitischen Bündnisse, dem ISCI *Islamic Supreme Council of Iraq* und der Bewegung unter Muqtada Al-Sadr, die auch bei den Wahlen antreten will, kann als weitere Spaltung der irakischen Schiiten gewertet werden und zielt direkt gegen das Bündnis von Maliki.¹⁹ Auch wenn die Wahlen stattfinden, wird die politische Lage instabil bleiben. In Anbetracht der Vielfalt von Parteien und Allianzen, die an der Wahl teilnehmen wollen, wird die Regierungsbildung kompliziert und langwierig sein; der Irak ist von politischer Stabilität noch weit entfernt.²⁰

Befürchtungen von irakischer Seite lassen sich in zwei Ansätze gliedern. Einerseits befürchten Kurden und Schiiten, die nicht mit Maliki übereinstimmen, dass Maliki einen starken Zentralstaat mit diktatorischen Zügen etablieren will, in dem die Zustände wie zu Zeiten von Saddam Hussein sein werden. Sunniten befürchten, dass der Irak ein Vasall des Irans wird.²¹

Aussenpolitisch steht der Irak in einem regionalen Spannungsfeld zwischen Sunniten und Schiiten, da der Sturz des sunnitischen Saddam-Regimes in der ganzen Region eine strategische Gewichtsverlagerung zugunsten der Schiiten ausgelöst hat.²² Saudi-Arabien bewaffnet sunnitische Aufständische, der Iran unterstützt schiitische Milizen, und die Kurden werden von den USA gefördert. Innerirakische Spannungen manifestieren sich in internationalen Spannungen und umgekehrt.²³

3 Sicherheitssituation

Allgemein hat sich die Sicherheitslage im Vergleich zu den Opferzahlen von 2006 und 2007 im Zentral- und Südirak bedeutend verbessert.²⁴ Trotzdem kommt es weiterhin zu Anschlägen auf Militär, Polizei und Zivilisten. Pro Tag kamen im Jahr 2008

¹⁷ Faz.Net, Irak, Das Motiv der Attentäter hat sich verändert, 26. Oktober 2009.

¹⁸ Faz.Net, Irak, Das Motiv der Attentäter hat sich verändert, 26. Oktober 2009.

¹⁹ AG Friedensforschung an der Uni Kassel, Neue Konkurrenz für Premier Nuri al-Maliki, 1. September 2009: www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Irak/konkurrenz.html.

²⁰ Faz.Net, Irak, Das Motiv der Attentäter hat sich verändert, 26. Oktober 2009.

²¹ Joost R. Hiltermann, Iraq on the Edge, Volume 56, Number 18, 29. Oktober 2009: www.nybooks.com/articles/23371.

²² SFH, Irak: Update vom August 2008, 14. August 2008.

²³ NZZ, Starker Mann für schwachen Staat, 7. Februar 2009.

²⁴ SFH, Irak: Update vom August 2008, 14. August 2008.

15 Zivilisten bei Gewaltakten ums Leben.²⁵ Nicht gemessen wird die niederschwelliger Gewalt, das heisst Einschüchterungen, Entführungen und Vertreibungen. Gemäss dem *Ministry of Health* wurden im Jahr 2008 6787 Personen getötet und 20'178 verletzt.²⁶ Seit dem Rückzug der US-Armee aus den Städten haben die Opferzahlen wieder zugenommen: 275 Tote im Juli, 456 im August, 203 im September, und im Oktober wird nach Anschlägen in Bagdad mit über 155 Opfern die Anzahl weiter steigen.²⁷ Die Anschläge in Bagdad im August und Oktober 2009 zeigen, dass der Irak grundlegend instabil ist und dass die irakischen Sicherheitskräfte nicht in der Lage sind, Stabilität und Sicherheit zu gewähren.²⁸

Gemäss dem *International Committee of the Red Cross* kommen pro Monat immer noch 400 bis 500 Menschen bei Anschlägen ums Leben, 2000 werden verletzt.²⁹ Was in anderen Ländern eine extrem hohe Rate an Gewaltopfern ist, erscheint für irakische Verhältnisse als positive Entwicklung. Die Bevölkerung scheint sich an die Gewalt zu gewöhnen und diese folglich zu banalisieren.³⁰ Es besteht die Gefahr, dass die hohen Opferzahlen als normal und unvermeidbar gewertet werden. Weil sehr viele Zivilisten Opfer von Anschlägen werden, leben die Menschen in einer generellen Situation der Unsicherheit, da es jeden treffen könnte.³¹ Bei einer Befragung von 1700 Frauen im Jahr 2008 in den Provinzen Bagdad, Ninewa, Basra, Kirkuk und Najaf gaben über 60 Prozent der Befragten an, dass die Sicherheitssituation ihre grösste Sorge sei. 55 Prozent sagten, dass sie seit dem Jahr 2003 direkt oder indirekt mit Gewalt konfrontiert waren.³²

Nach monatelangen Verhandlungen zwischen der US- und der irakischen Regierung genehmigte das irakische Parlament am 25. November 2008 das Sicherheitsabkommen zum Abzug der US-Truppen aus dem Irak bis Ende 2011.³³ Gemäss dem Abkommen zogen sich die US-Truppen am 30. Juni 2009 aus den irakischen Städten zurück.³⁴ Mit dem Abzug verschlechterte sich die Sicherheitssituation drastisch.³⁵ Laut der Analyse der *International Crisis Group* hat sich die Situation im Irak im Oktober 2009 weiter verschlechtert. Die seit zwei Jahren schlimmsten Anschläge gegen das Justizministerium und die Provinzregierung in einem der am besten bewachten Gebiete Bagdads forderten im Oktober mindestens 155 Tote und über 500 Verletzte.

²⁵ US Department of State, 2008 Country Reports on Human Rights Practices – Iraq, 25. Februar 2009: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/nea/119116.htm.

²⁶ UNAMI, Human Rights Report, 1. Juli 2008–31. Dezember 2008: www.uniraq.org/documents/UNAMI_Human_Rights_Report_July_December_2008_EN.pdf.

²⁷ Tagesschau, Neue Gewaltwelle im Irak befürchtet, 26. Oktober 2009.

²⁸ Joost R. Hiltermann, Iraq: A bigger Threat than Bombs 18, 29. Oktober 2009.

²⁹ ICRC, Civilians without Protection, ongoing Conflict claims the Lives of Hundreds every Month, 13. August 2009: www.icrc.org/web/eng/siteeng0.nsf/html/iraq-newsletter-120809.

³⁰ Joost R. Hiltermann, Iraq on the Edge, Volume 56, Number 18, 29. Oktober 2009.

³¹ ICRC, Civilians without Protection, ongoing Conflict claims the Lives of Hundreds every Month, 13. August 2009.

³² Integrated Regional Information Networks (IRIN), Iraq: Iraqi women suffering «silent emergency», survey finds, 8. März 2009: www.unhcr.org/refworld/docid/49b4d2b62.html.

³³ NZZ, Irakischer Parlament genehmigt Sicherheitsabkommen, US-Truppenabzug bis Ende 2011, 27. November 2008: www.nzz.ch/nachrichten/international/irakisches_parlament__1.1320953.html.

³⁴ BBC, Baghdad blast walls to come down, 5. August 2009: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/8178237.stm.

³⁵ BBC, Illusion of safety, 11. August 2009: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/8194799.stm.

In der Folge wurden über 60 Personen aus dem irakischen Sicherheitsdienst festgenommen.³⁶

Nach den verheerenden Anschlägen in Bagdad im August und Oktober 2009 herrscht Furcht vor einem Rückfall des Irak in die Spirale der Gewalt.³⁷ Gemäss Analysten folgen die Attentate dem Muster des Anschlags auf die schiitische Askara-Moschee in Samara vom Februar 2006, der zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten geführt hatte.³⁸ Die irakische Regierung macht sowohl Al-Kaida als auch Saddam-Anhänger für die Anschläge verantwortlich. Bei den Anschlägen vom 19. August gegen das Finanz- und das Aussenministerium vermutete der irakische Geheimdienst den ISCI als Drahtzieher hinter den Anschlägen.³⁹ Maliki jedoch beschuldigte Saddam-Anhänger, was darauf hinweist, dass der Ausgleich mit den Sunniten aufgeschoben wird. Viele Iraker sehen innerschiitische Grabenkämpfe und die Konflikte mit den Kurden als Grund für die jüngste Gewalt.⁴⁰

Die Anschläge im Jahr 2009 richteten sich häufig gegen Minderheiten und Schiiten. Die Sicherheitssituation in den *umstrittenen Gebieten*⁴¹ hat sich massiv verschlechtert. Seit August 2009 patrouillieren im Norden des Irak entlang der Frontlinie zwischen Arabern und Kurden US-Einheiten, um eine grössere Eskalation zu verhindern.⁴² In den an Kurdistan-Irak grenzenden Städte Kirkuk und Mosul und deren Umgebung bestehen zunehmend grösser werdende Sicherheitsrisiken.⁴³

Die Gewalt von sunnitischen und schiitischen Extremisten und Aufständischen hat im Vergleich zu den Jahren 2006 und 2007 abgenommen. Von Seiten der sunnitischen Gruppierungen haben sich viele den *Sunnitische Bürgerwehren (Sons of Iraq, Sunni Awakening, Awakening Councils, Concerned Local Citizens, Volunteers, Iraqi Provincial Volunteers)* angeschlossen oder nehmen an Entwaffnungsprogrammen teil.⁴⁴ Bis heute sind jedoch nur etwa 15 Prozent der Stammesmilizen in die irakischen Sicherheitskräfte oder Polizei integriert. Die anderen sind seit Monaten ohne Bezahlung. Ein Grossteil der sunnitischen Milizionäre gehörten dem Widerstand gegen die Besatzer an und standen in Kontakt zu Saddam-Loyalisten wie auch zu Al-Kaida. Die Gefahr besteht, dass sie wieder die Seiten wechseln.⁴⁵ Von Seiten der schiitischen Milizen sind nach unilateralen Waffenstillstandsabkommen die Anschläge zurückgegangen, und die intra-schiitische Gewalt hat abgenommen. Die *Sadristen der Mahdi-Armee (Jaish al-Mahdi JAM)* und die *Badr-Milizen des Islamic*

³⁶ ICG, Crisiswatch, 1. November 2009:

www.crisisgroup.org/library/documents/crisiswatch/cw_2009/cw75.pdf.

³⁷ Tagesschau, Neue Gewaltwelle im Irak befürchtet, 26. Oktober 2009.

³⁸ FAZ.Net, Anschläge im Irak, Die erwartete Gewaltzunahme, 29. Juni 2009:

www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E2FC8E76ADF494F1F8BA9710F3DF3632F~ATpl~Ecommon~Scontent.html.

³⁹ Faz.Net, Irak, Das Motiv der Attentäter hat sich verändert, 26. Oktober 2009.

⁴⁰ NZZ, Viele Iraker blicken pessimistisch in die Zukunft, Nach den jüngsten Anschlägen rechnet man in Bagdad mit einer Eskalation der Gewalt, 24. August 2009:

www.nzz.ch/hintergrund/dossiers/irak_die_zerrissene_nation/folgen_des_irakkriegs/viele_iraker_blicken_pessimistisch_in_die_zukunft_1.3400093.html.

⁴¹ Siehe Seite 3.

⁴² NZZ, Viele Iraker blicken pessimistisch in die Zukunft, 24. August 2009.

⁴³ Auswärtiges Amt, Irak, Innenpolitik, Februar 2009.

⁴⁴ US Department of Defense, Measuring Stability and Security in Iraq, Dezember 2008:

www.defenselink.mil/pubs/pdfs/9010_Report_to_Congress_Dec_08.pdf.

⁴⁵ Welt, Al-Qaida greift die «Schlupflöcher der Ungläubigen» im Irak an, 28. Oktober 2009:

www.welt.de/die-welt/politik/article5000678/Al-Qaida-greift-die-Schlupfloecher-der-Unglaeubigen-im-Irak-an.html.

Supreme Council of Iraq sind jedoch immer noch in Ermordungen politischer Rivalen involviert. Auch die vom Iran unterstützten «*Special Groups*» verüben weiterhin Anschläge.⁴⁶ Trotz der Verbesserung der Situation zeigen die letzten Anschläge, dass die militanten Gruppierungen zwar geschwächt sind, doch sie sind immer noch in der Lage, Anschläge zu verüben.⁴⁷ Während zum Beispiel bis im Sommer 2009 die Provinz Al-Anbar als befriedet galt, haben Al-Kaida in ihren ehemaligen Hochburgen Falludscha, Ramadi und Bakuba ihre Präsenz wieder demonstriert.⁴⁸

Irakische Sicherheitskräfte: Der Irak verfügt über 600'000 Polizisten, Soldaten und Mitglieder von Sondereinheiten. Die Sicherheitskräfte sind ethnisch und konfessionell gespalten und widerspiegeln die Fragmentierung der Gesellschaft.⁴⁹ Die verschiedenen Einheiten stehen politischen und militanten Strukturen nahe und sind von Milizen infiltriert. Die Sicherheitskräfte sind ineffizient, weil sie schlecht ausgebildet und ausgerüstet sind; zudem fehlen fähige Führungskräfte, und auch die Korruption verhindert effektives Arbeiten.⁵⁰ Die staatlichen Sicherheitskräfte sind unter anderem wegen eingeschränkter Einsatzfähigkeit und unklarer Loyalitäten nicht schutzfähig oder -willig.⁵¹

4 Justizsystem

Das Justizsystem ist trotz Bemühungen der irakischen Regierung und einiger Fortschritte mangelhaft und weit davon entfernt, eine unabhängige Institution zu sein. Gesetze und deren Umsetzung klaffen weit auseinander. Bedrohungen, Ermordungen durch Terroristen, religiöse, tribale und kriminelle Gruppen verbreiten innerhalb des Justizsystems Angst vor Vergeltung, was die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit in allen Provinzen beeinflusst.⁵²

Zudem fehlt es an erfahrenem Personal und an der grundlegenden Infrastruktur und Ausrüstung. Das Justizsystem ist anfällig auf Einflussnahme, Korruption und Interessenskonflikte, und das Vertrauen der Öffentlichkeit ins System ist gering.⁵³ Die grosse Anzahl von Strafverfahren, fehlende Möglichkeiten für unmittelbare und ausführliche Untersuchungen, mangelhafte administrative Infrastruktur und Einschüchterungen verhindern faire und rasche Verfahren.⁵⁴

Vielerorts ist die Strafjustiz lokalen, tribalen, religiösen Interessen untergeordnet, und in einigen Gebieten ist sie nicht vorhanden. Richter und Zeugen werden beeinflusst, bedroht, unter Druck gesetzt und müssen befürchten, umgebracht zu wer-

⁴⁶ UNHCR, Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers, April 2009.

⁴⁷ US Department of Defense, Measuring Stability and Security in Iraq, Dezember 2008.

⁴⁸ Welt, Al-Qaida greift die «Schlupflöcher der Ungläubigen» im Irak an, 28. Oktober 2009.

⁴⁹ NZZ, Viele Iraker blicken pessimistisch in die Zukunft, 24. August 2009.

⁵⁰ UNHCR, Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers, April 2009.

⁵¹ Auswärtiges Amt, Irak, Innenpolitik, Februar 2009.

⁵² US Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2008, 26. Februar 2009.

⁵³ UNHCR, Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers, April 2009.

⁵⁴ US Department of Defense, Measuring Stability and Security in Iraq, Dezember 2008.

den.⁵⁵ In den letzten drei Jahren wurden 35 Gerichtsangestellte, darunter auch Richter und Anwälte, umgebracht.⁵⁶ Andere Quellen sprechen von 99 Übergriffen auf Gerichtsangestellte seit 2004.⁵⁷ Die meisten Provinzrichter überweisen Strafverfahren im Zusammenhang mit Terrorismus aus Angst vor Vergeltung an das Strafgericht in Bagdad. Das *Rusafa*-Strafgericht in Bagdad (eine Abteilung des *Central Criminal Court of Iraq*) befindet sich in einem sicheren Komplex, wo die Angestellten und das Gebäude vor Anschlägen geschützt sind.⁵⁸

Das *Central Criminal Court of Iraq* (CCCI) hat die Aufgabe, terroristische Aktivitäten, welche die Sicherheit des Landes gefährden, zu verfolgen. *Human Rights Watch* beschreibt, dass das CCCI fern davon sei, Gerechtigkeit zu schaffen, und durch Korruption und Ineffizienz das Konzept des nationalen Justizsystems unterminiere. Internationale Standards werden nicht eingehalten. Lang andauernde Untersuchungen und Folter, um Geständnisse zu erzwingen, sind üblich.⁵⁹

Um gegen die Einschüchterung von Richtern anzukämpfen, wurden vom *Higher Judicial Council* zusätzliche Bewacher angeheuert, und Richter werden, wenn sie von ihrem Heimatdistrikt entfernt arbeiten müssen, auf ihrem Arbeitsweg geschützt. Das Innenministerium plant einen speziellen Sicherheitsdienst für Gerichtsangestellte.⁶⁰

Im Zivilrecht ist die undurchsichtige Vermischung von verschiedenen Rechtssystemen problematisch. Die Scharia wie auch tribale Gesetzgebungen durch Scheichs und Stammesführer werden eingesetzt. Die Vielfalt der Ansätze ist gross, und es kommt zu unterschiedlicher Rechtsprechung innerhalb ethnischen und religiösen Gruppen, urbanen und ruralen Gemeinschaften und den Provinzen. Besonders Frauen werden durch die unterschiedliche Handhabung in zivilrechtlichen Fällen benachteiligt.⁶¹

Verhaftungen: Ineffiziente Bürokratie, Mangel an Ressourcen und fehlende Transparenz beeinflussen und verlangsamen die Prozessführung.⁶² Polizei und Sicherheitskräfte verhaften willkürlich Verdächtige. Im Rahmen von Razzien kommt es zu Verhaftungen gesamter Nachbarschaften. Oft werden die Angehörigen nicht informiert; es kommt zu *incommunicado*-Verhaftungen.⁶³

⁵⁵ US Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2008, 26. Februar 2009. Freedom House, Freedom in the World – 2008: Iraq, 2. Juli 2008: www.freedomhouse.org/inc/content/pubs/fiw/inc_country_detail.cfm?year=2008&country=7414&pf.

⁵⁶ Center for Strategic and International Studies, How Soon Is Safe? Iraqi Force Development and «Conditions-Based» US Withdrawals, 20. April 2009: www.csis.org/media/csis/pubs/090420_isf.report.pdf.

⁵⁷ UNHCR, Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers, April 2009.

⁵⁸ Center for Strategic and International Studies, How Soon Is Safe? Iraqi Force Development and «Conditions-Based» US Withdrawals, 20. April 2009.

⁵⁹ Human Rights Watch, Iraq: The Quality of Justice; Failings of Iraq's Central Criminal Court, 14. Dezember 2008: www.hrw.org/sites/default/files/reports/iraq1208web.pdf.

⁶⁰ US Department of Defense, Measuring Stability and Security in Iraq, Dezember 2008.

⁶¹ UNHCR, Framework for Conflict-Sensitive Programming in Iraq, Dezember 2007: www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900sid/EGUA-7DAML2?OpenDocument&rc=3&cc=irq.

⁶² UNSC, Report of the Secretary-General pursuant to paragraph 6 of resolution 1830 (2008), 6. November 2008: www.unhcr.org/refworld/pdfid/49197d642.pdf.

⁶³ US Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2008, 26. Februar 2009.

Gefängnisbedingungen: Das UNHCR berichtet im Januar 2009, dass 35'000 Häftlinge in den irakischen Gefängnissen sitzen. Im Juni 2009 weist das *UN Security Council* darauf hin, dass es keine zuverlässigen Statistiken zur Anzahl der Inhaftierten gibt, da vor allem die Umsetzung des Amnestiegesetzes nicht transparent ist.⁶⁴ In den irakischen Gefängnissen ist Folter zur Erzwingung von Geständnissen, vor allem in der Zeit der Untersuchungshaft, üblich.⁶⁵ Die Lebensbedingungen und die Gesundheitsversorgung sind nicht zuletzt wegen der chronischen Überfüllung katastrophal.⁶⁶

Im Oktober 2008 gab das US-Militär bekannt, dass zirka 17'000 Personen in US-Militäreinrichtungen inhaftiert seien. 13'000 Häftlinge wurden zwischen Januar und September 2008 entlassen. Nach Schätzungen von Angehörigen der internationalen Streitkräfte werden etwa zehn Prozent der Inhaftierten an irakische Gerichte übergeben.⁶⁷

Amnestie-Gesetz: Das Amnestie-Gesetz vom Februar 2008 ist für Häftlinge vorgesehen, die mehr als sechs Monate in Haft sind, ohne einem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden, oder länger als ein Jahr inhaftiert sind, ohne vor ein zuständiges Gericht zu kommen. Damit sollte die grosse Anzahl der Häftlinge reduziert und gegen die Überfüllung der Gefängnisse angekämpft werden. Für Häftlinge, die wegen schwerer Vergehen wie Mord, Entführung oder Vergewaltigung verurteilt sind, ist keine Amnestie vorgesehen. Gemäss einem Bericht des *High Judicial Council* wurden bis Dezember 2008 127'431 Amnestieanträge (oft mehrere Anträge für einen Fall) eingereicht. Doch die Umsetzung bleibt limitiert.⁶⁸ Bis März 2009 wurde 23'500 Personen Amnestie gewährt, davon wurden nur 6300 tatsächlich frei gelassen.⁶⁹ Die Situation in den überfüllten Gefängnissen konnte damit nicht verbessert werden.⁷⁰

5 Menschenrechtssituation

Die Menschenrechtssituation bleibt trotz der verbesserten Sicherheit schlecht. Gewalt und Krieg haben grosse Auswirkungen auf die psychische Befindlichkeit der gesamten Bevölkerung. Psychiater erwarten eine Zunahme der psychischen Erkrankungen.⁷¹ In einem Klima von Gewalt werden viele Menschenrechtsverletzungen von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren im Zentral- und Südirak nicht einmal aufgezeichnet. Folter in Gefängnissen durch irakische Sicherheitskräfte, fehlende Strafverfolgung und somit Straffreiheit bei Menschenrechtsverletzungen und Miss-

⁶⁴ UNSC, Report of the Secretary-General pursuant to paragraph 6 of resolution 1830 (2008), 2. Juni 2009: www.uniraq.org/FileLib/misc/SG_Report_S_2009_284_EN.pdf.

⁶⁵ Human Rights Watch, World Report 2008: Iraq, 30. Januar 2008: <http://hrw.org/englishwr2k8/docs/2008/01/31/iraq17598.htm>; Amnesty International, Annual Report 2007: State of the World's Human Rights Report 2008, 28. Mai 2008: <http://thereport.amnesty.org/eng/regions/middle-east-and-north-africa/iraq>.

⁶⁶ BBC, Iraq jails «terribly overcrowded», 25. November 2008: http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/middle_east/7748795.stm.

⁶⁷ Human Rights Watch, World Report 2009: Iraq, 15. Januar 2009: www.hrw.org/en/node/79254.

⁶⁸ UNAMI, Human Rights Report, 1. Juli 2008–31. Dezember 2008.

⁶⁹ US Department of Defense, Measuring Stability and Security in Iraq, März 2009: www.defenselink.mil/pubs/pdfs/Measuring_Stability_and_Security_in_Iraq_March_2009.pdf.

⁷⁰ Human Rights Watch, World Report 2009: Iraq, 15. Januar 2009: www.hrw.org/en/node/79254.

⁷¹ BBC, Iraq struggles with mental healthcare crisis, 21. Mai 2009: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/8062563.stm.

achtung der Rechte von Frauen, sind alles Hinweise für die schwierigen Situation.⁷² Bewaffnete Gruppen und Milizen, die religiösen Fraktionen und politischen Parteien angegliedert sind, verüben Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Entführungen und Ermordungen. Bomben, Selbstmordanschläge und Sprengfallen gegen Zivilisten führen zu Hunderten von Toten und Tausenden von Verletzten.⁷³

Milizen töten gezielt Sicherheitspersonal, Beamte, religiöse und politische Führer, spezielle Berufsgruppen wie Journalisten, Lehrer, medizinisches Personal, Richter und Anwälte. Auch religiöse Minderheiten werden attackiert. Ein Beispiel dafür ist die Vertreibung von 12'000 Christen aus Mosul.⁷⁴

Iraq Body Count erfasst seit 2003 alle Zivilisten, die in Gewaltakten im Irak umgekommen sind. Sie beziehen sich auf öffentliche Quellen und erfassen explizit nur diejenigen Toten, die nicht einer bewaffneten Gruppe angehören. Die Daten lassen erkennen, wo die Ermordung stattgefunden hat, und wenn Informationen vorhanden sind, welchen ethnischen, religiösen oder politischen Hintergrund die Opfer hatten.⁷⁵ Auch Korrespondenten in Bagdad von *McClatchy* erstellen täglich Listen mit getöteten Menschen im Irak. Sie beziehen ihre Informationen von Polizei-, Militär- und Spitalberichten. Auch hier lassen sich der Ort der Ermordung und zum Teil der Hintergrund der Opfer feststellen.⁷⁶ Folgende Menschenrechtsverletzungen und Gefährdungsprofile werden zur Zeit festgestellt:⁷⁷

Frauen: Frauen im Irak sind täglich im privaten wie im öffentlichen Bereich in Gefahr, Opfer von Gewalt zu werden. Milizen, islamistische Extremisten, Regierungsangehörige, Familienmitglieder sind die Täter. Frauen werden Opfer von sexueller Gewalt, Zwangsheirat, Mord und Entführung aus religiösen oder kriminellen Gründen. Sie werden zur Prostitution gezwungen. Die Selbstmordrate von Frauen ist gestiegen. Die häusliche Gewalt gegen Frauen und die Zahl der Ehrenmorde an Frauen haben zugenommen. Den Tätern wird Straffreiheit gewährt.⁷⁸ Frauen geraten nach wie vor wegen «unislamischen Verhaltens» unter Druck, und sie werden gezwungen, sich konservativen Verhaltensnormen anzupassen. Bewaffnete Gruppen setzen wegen der stärkeren Sicherheitsvorkehrungen vermehrt Frauen ein, um Selbstmordanschläge zu verüben. Frauen leiden zudem unter der prekären humanitären Situation.

⁷² UNSC, Report of the Secretary-General pursuant to paragraph 6 of resolution 1830 (2008), 20. Februar 2009: www.unhcr.org/refworld/pdfid/49a5095c2.pdf.

⁷³ Amnesty International, Report 2009 – Iraq, 28. Mai 2009: www.unhcr.org/refworld/docid/4a1fade355.html.

⁷⁴ UNAMI, Human Rights Report, 1. Juli 2008–31. Dezember 2008.

⁷⁵ Siehe: www.iraqbodycount.org/.

⁷⁶ Suche nach «Round-up of Daily Violence in Iraq»: www.mcclatchydc.com/.

⁷⁷ Wenn nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich die Informationen zu den gefährdeten Gruppen auf die folgenden Quellen: UN High Commissioner for Refugees, UNHCR, Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers, April 2009; Amnesty International, Report 2009 – Iraq, 28. Mai 2009; UNAMI, Human Rights Report, 1. Juli 2008–31. Dezember 2008. Human Rights Watch, World Report 2009: Iraq, 15. Januar 2009: www.hrw.org/en/node/79254; US Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2008, 26. Februar 2009; Internal Displacement Monitoring Centre, Iraq, 31. Dezember 2008: [www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/\(httpInfoFiles\)/7CC8ADC4D8E2DF8CC12575A60052DB24/\\$file/GO_08_iraq.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/(httpInfoFiles)/7CC8ADC4D8E2DF8CC12575A60052DB24/$file/GO_08_iraq.pdf).

⁷⁸ UNHCR, Violence Against Iraqi Women Continues Unabated, Says UN Expert, 25. November 2008: www.unhcr.ch/hurricane/hurricane.nsf/view01/FB6D94EF5507000DC125750C002E3654.

Kinder: Kinder sind wegen der allgemeinen Gewalt, zunehmend auch wegen häuslicher Gewalt und aufgrund interner Vertreibung, extremen Belastungen ausgesetzt.⁷⁹ Kinder werden auch von islamistischen Gruppen gezwungen, Selbstmordanschläge zu verüben.

Mitglieder religiöser und ethnischer Minderheiten: Christen, Yeziden, Turkmenen, Schabak, Kaka'i, Sabäer, Baha'i und Juden werden seit 2003 bedroht, vertrieben, verfolgt und getötet. Yeziden, Schabak und Kaka'i sind wegen ihrer kurdischen Identität gefährdet, Schabak, Turkmenen und Faili-Kurden, die meistens schiitischen Glaubens sind, werden von sunnitischen Islamisten aufgrund ihres religiösen Hintergrundes umgebracht. Wegen der systematischen Verfolgung sind viele Angehörige religiöser oder ethnischer Minderheiten geflohen, und ihre Anzahl ist stark zurückgegangen. Vor allem in den *umstrittenen Gebieten*⁸⁰ geraten religiöse und ethnische Minderheiten wie Christen, Yeziden oder Schabak häufig zwischen die Fronten von Kurden, Arabern und Turkmenen. Zwischen August und Oktober 2008 flohen nach einer Reihe von Anschlägen Tausende Christen aus Mosul.

Personen mit «unislamischem Verhalten»: Menschen, die in von sunnitischen oder schiitischen Extremisten dominierten Gebieten leben, stehen unter grossem Druck, islamische Regeln zu befolgen. Alkohol-, Musik- und Coiffeurgeschäfte werden seit 2003 regelmässig angegriffen, wie auch Personen, die sich westlich kleiden oder «unislamisch verhalten». Es kommt zu Überfällen auf bestimmte Geschäfte in Städten wie Bagdad, Mosul, Kirkuk und Basra. Auch wenn sich die Situation im Jahr 2008 verbessert und der Druck auf die Bevölkerung etwas nachgelassen hat, sind die Befürchtungen gross, dass die Sanktionen wieder zunehmen werden. Vor allem Frauen werden Opfer wegen ihres «immoralischen Verhaltens» oder ihrer Kleidung. Konservative Kräfte schränken und schüchtern viele Jugendliche und Frauen in ihrer persönlichen Freiheit ein.

Konvertiten: Konversion vom Islam zum Christentum kann gemäss Scharia mit dem Tod bestraft werden. Im Irak werden Konvertiten von der Familie hart sanktioniert, und sie können getötet werden. Der Staat leitet keine Strafverfolgung gegen die Familie oder gegen islamistische Gruppen ein, die einen Konvertiten getötet haben.

Homosexuelle oder als homosexuell angesehene Personen: Im Zentral- und Südirak werden Homosexuelle von staatlichen und nicht-staatlichen Akteure gefoltert und getötet. Oft geht die Gefahr von ihren eigenen Familien aus, die sie im Namen der Ehre umbringen. *Iraqi LGBT* berichtet von über 480 getöteten Homosexuellen seit 2003.⁸¹ Andere Schätzungen gehen von über 680 getöteten Homosexuellen aus.⁸² Regelrechte Pogrome werden von schiitischen Milizen gegen Homosexuelle geführt, zum Teil gilt schon das Tragen westlicher Kleidung als Zeichen für Homosexualität.

Bestimmte Berufsgruppen: Akademiker, Richter, Anwälte, Ärzte und weitere Angestellte aus dem medizinischen Bereich werden zum Ziel islamistischer Gruppen. Vie-

⁷⁹ SFH, Irak: Update vom August 2008, 14. August 2008.

⁸⁰ Siehe Seite 3.

⁸¹ Reuters, Gays killed in Baghdad as clerics urge clampdown, 4. April 2009: www.alertnet.org/thenews/newsdesk/L4506230.htm.

⁸² Guardian, Irak: New wave of violence against gays in Iraq, 13. September 2009: www.guardian.co.uk/world/2009/sep/13/iraq-gays-murdered-militias.

le Angriffe zielen darauf hin, den Wiederaufbau zu destabilisieren und die irakische Regierung zu unterminieren.

Journalisten und Medienschaffende: Irakische Journalisten und Medienschaffende werden bedroht, eingeschüchtert, entführt und getötet. Das *Committee to Protect Journalists* zählte 141 getötete Journalisten im Irak zwischen 1992 und Oktober 2009.⁸³ Die Gefahr kommt nicht nur von Seiten islamistischer Milizen, sondern auch von den irakischen Sicherheitsdiensten.⁸⁴ Viele Fälle werden nie aufgeklärt.

UNO- und NGO-Mitarbeiter, Menschenrechtsaktivisten: UNO-, NGO-Mitarbeiter und Menschenrechtsaktivisten riskieren, entführt und getötet zu werden. Viele Mitarbeiter sind gezwungen, ihre Arbeitgeber geheim zu halten. Sie sind zudem Zielscheibe von Entführern, die sich hohe Lösegeldzahlungen erhoffen. Kritik an mächtvollen Strukturen ist lebensgefährlich.

Iraker, die für die internationalen Streitkräfte oder ausländische Firmen arbeiten: Obwohl sich die Sicherheitssituation verbessert hat, bleibt das Risiko für Personen, die für die internationalen Truppen arbeiten, gross, Opfer eines Anschlages von Extremisten zu werden. Die gilt insbesondere in den Provinzen Ninewa und Diyala. Seit 2003 kamen gegen 300 Übersetzer bei Attentaten ums Leben. Mit der Verbesserung der Situation verordnete das US-Militär im September 2008, dass Übersetzer keine Gesichtsmasken mehr tragen sollen.⁸⁵ Im Dezember wurde erkannt, dass die Gefahr für die Übersetzer immer noch zu gross ist, und die Gesichtsmaske wurde wieder erlaubt.⁸⁶ Auch Familienangehörige von «Kollaborateuren» riskieren, getötet zu werden.

Angehörige politischer Parteien: Im Zentral- und Südirak kommt es innerhalb politischer Auseinandersetzungen zu Einschüchterungen, Verhaftungen und Ermordung politischer Rivalen. Im Südirak werden Angehörige und Sympathisanten von Muqtada Al-Sadr, des ISCI oder von Grossayatolla Ali Al-Sistani getötet oder entführt. Gewalttätige Machtkämpfe intensivieren sich vor allem vor politischen Grossereignissen wie Wahlen oder dem Abzug der US-Truppen aus den Städten. In den *umstrittenen Gebieten* in Ninewa, Kirkuk, Diyala und Salah Al-Din wurden gezielt politische Persönlichkeiten, Stammesführer und religiöse Personen eingeschüchtert und getötet. In Al-Anbar kam es im Konflikt zwischen sunnitischen Parteien und Stammesgruppen zu Ermordungen und Zerstörung der Infrastruktur. Oft ist nicht klar, welche Gruppe hinter den Anschlägen steckt.

Regierungsbeamte, Angehörige der heutigen Administration: Verschiedene Gruppen attackieren Mitglieder der Regierung, deren Angehörige und Bodyguards. In den *umstrittenen Gebieten* werden Mitglieder der *Patriotic Union of Kurdistan* (PUK) und der *Kurdistan Democratic Party* (KDP) wie auch Mitglieder der

⁸³ Committee to Protect Journalists, 141 Journalists Killed in Iraq/Motive Confirmed, Oktober 2009: <http://cpj.org/killed/mideast/iraq/>.

⁸⁴ Reporters Without Borders, Threat to independent media from government officials, 11. Mai 2009: www.unhcr.org/refworld/docid/4a0be11cc.html.

⁸⁵ Ernesto Londoño, Mask Ban Upsets Iraqis Hired as U.S. Interpreters, *The Washington Post*, 17. November 2008: www.washingtonpost.com/wpdyn/content/article/2008/11/16/AR2008111602040.html?referrer=emailarticlepg.

⁸⁶ BBC, Iraq translators' mask ban dropped, 6. Dezember 2008: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/7768041.stm.

Peschmerga und der Asayisch ermordet. Al-Kaida und schiitische Milizen gehen gezielt gegen Regierungsmitglieder vor, um den politischen Prozess zu behindern. Seit 2008 ist eine Zunahme gezielter Anschläge gegen Regierungsmitglieder von Gemeindeebene bis auf höchste Regierungsebene festzustellen. Auch Familienmitglieder, Fahrer oder Bodyguards sind gefährdet, bei Anschlägen ums Leben zu kommen. Mitglieder der irakischen Sicherheitskräfte, vor allem Polizeiangehörige, kommen in erster Linie im Zentralirak bei Anschlägen ums Leben. Beobachter gehen davon aus, dass der Terrorismus der Al-Kaida abgenommen und die politisch motivierte Gewalt zugenommen hat.

Iraker in Opposition oder angenommener Opposition zu bewaffneten Gruppen oder politischen Gruppen: Personen, die bewaffnete Gruppen oder politische Parteien kritisieren, riskieren, bedroht, entführt oder getötet zu werden. Dies gilt insbesondere für Stammesführer, religiöse Führer, Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, oder andere, welche ihre Kritik an bewaffneten Gruppen oder politischen Parteien äussern und sich für Versöhnung einsetzen. Bei einer Versöhnungskonferenz zwischen sunnitischen und schiitischen Stammesältesten kamen im März 2009 bei einem Anschlag in Abu Graib 33 Menschen ums Leben.⁸⁷ Im Januar 2009 wurden 24 Stammesälteste in der Südprovinz Babil während einer Diskussion zu Versöhnungsstrategien getötet.⁸⁸ Al-Kaida und andere Aufständische greifen gezielt Sunniten an, die an politischen Prozessen teilnehmen und als Verräter gelten.

Stammesführer und Mitglieder der Awakening Movements/Sons of Iraq: Stammesführer und sunnitische Milizen, welche sich gegen Al-Kaida und Extremisten stellen, werden systematisch angegriffen. Auch deren Familienangehörige werden getötet. Von Oktober 2007 bis November 2008 kamen 549 Mitglieder der sunnitischen *Awakening Movements* ums Leben, und 828 wurden verletzt.⁸⁹

Ehemalige Mitglieder der Baath-Partei und des vorherigen Regimes, «Protégés» des vorherigen Regimes: Das *Justice and Accountability*-Gesetz von Januar 2008 sollte teilweise den Entbaathifizierungsprozess revidieren, es wurde jedoch noch nicht umgesetzt. Dieser Prozess schloss 150'000 ehemalige Baathisten, Anhänger des Saddam-Regimes, von Regierungsstellen aus. Obwohl die Anschläge auf einstige Baath-Anhänger zurückgegangen sind, kam es auch in den Jahren 2008 und 2009 vor allem im Zentralirak zur Tötung von früheren Baath-Mitgliedern. Schiitische Milizen greifen auch andere Gruppen und Personen an, die vom ehemaligen Regime als bevorzugt behandelt worden seien. Das sind zum Beispiel Palästinenser, Ahwazi, syrische Flüchtlinge und Roma, Personen mit bestimmten Berufen und Mitglieder der *People's Mojahdeen Organization of Iran* (PMOI). Im August 2009 definierte die irakische Regierung die PMOI als terroristische Organisation, ihre Anhänger, die im Camp Ashraf, Diyala, leben, sollen in den Iran zurückgeschickt werden.⁹⁰ Nach der US-Invasion standen die PMOI unter dem Schutz der US-Truppen. Mit dem

⁸⁷ The Guardian, Baghdad suicide bomber kills 33, 10. März 2009: www.guardian.co.uk/world/2009/mar/10/suicide-bomber-abu-ghraib.

⁸⁸ New York Times, Suicide Attack Kills 24 at Iraqi Tribal Gathering, NY Times, 2. Januar 2009: www.nytimes.com/2009/01/03/world/middleeast/03iraq.html?ref=middleeast.

⁸⁹ Post-surge violence: Its extent and nature, 28. Dezember 2008: www.iraqbodycount.org/analysis/numbers/surge-2008/.

⁹⁰ US Committee on Refugees and Immigrants, World Refugee Survey 2009: Iraq, 19. Juni 2009: www.refugees.org/countryreports.aspx?id=2146.

Abzug der Truppen aus den Städten Iraks übernahmen die irakischen Behörden die Kontrolle über das Camp Ashraf.⁹¹

Mitglieder oder vermutete Mitglieder der bewaffneten Milizen/Opposition: Tatsächliche und verdächtige Mitglieder sunnitischer extremistischer Gruppen wie Al-Kaida und Amsar Al-Sunna wie auch schiitischer Milizen wie der JAM sind gefährdet, von den irakischen Sicherheitskräften willkürlich verhaftet und gefoltert zu werden. Kurdische Asayisch haben in den letzten Jahren immer wieder Araber und Turkmenen in Mosul und Kirkuk verhaftet und nach Kurdistan-Irak transferiert. Deren Aufenthalt ist noch nicht geklärt.

6 Humanitäre/sozioökonomische Lage

Gemäss einer Studie der irakischen Regierung vom Mai 2009 leben 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Die höchste Armutsrate ist im Südirak zu verzeichnen; in der Provinz Muthanna leben 49 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze. Nach der Definition der Regierung liegt die Armutsgrenze bei 2.20 US-Dollar pro Tag.⁹² 60 Prozent der Iraker hängen von Nahrungshilfe ab.⁹³ Viele Menschen sehen keine Möglichkeiten, ihre persönliche Situation in Zukunft zu verbessern.⁹⁴

Der Wiederaufbau und die Lösung der humanitären und sozioökonomischen Probleme werden durch Korruption und Klientelwirtschaft innerhalb der Regierung und des Sicherheitsapparates verunmöglicht.⁹⁵ Korruption ist somit das Haupthindernis des Wiederaufbaus.⁹⁶ Gemäss der Rangliste zu staatlicher Korruption von *Transparency International* nimmt der Irak den drittletzten Platz ein, 178 von 180.⁹⁷ Auch die Öffentlichkeit nimmt die Regierung als äusserst korrupt wahr. Die *Commission of Integrity*, die sich mit Korruptionsfällen befassen sollte, ist beeinflussbar und steht unter Druck der politischen Parteien.⁹⁸ Zu einem grossen Korruptionsskandal kam es im Mai 2009, als der Handelsminister Al-Sudani sein Amt niederlegen musste, da aufflog, dass sein Ministerium im Rahmen der Nahrungshilfe Millionen US-Dollar veruntreute.⁹⁹

Die Infrastruktur ist in einem denkbar schlechten Zustand. So haben zum Beispiel 71 Prozent der Iraker keine Müllabfuhr, und nur 12 Prozent der Haushalte sind ans

⁹¹ Amnesty International, Concerns grow for detained Iranian residents of Iraq's Camp Ashraf, 11. August 2009: www.unhcr.org/refworld/docid/4a84176720.html.

⁹² IRIN, Iraq: Over 20 percent of Iraqis live below the poverty line, 24. Mai 2009: www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=84526.

⁹³ The Independent, Ex-minister arrested in Iraq, 2. Juni 2009: www.independent.co.uk/news/world/middle-east/exminister-arrested-in-iraq-1694536.html.

⁹⁴ US Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2008, 26. Februar 2009.

⁹⁵ US Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2008, 26. Februar 2009.

⁹⁶ Transparency International, Corruption Perception Index (CPI) 2008, 26. September 2007: www.transparency.org/publications/gcr/download_gcr.

⁹⁷ Transparency International: www.transparency.org/news_room/latest_news/press_releases/2008/2008_09_23_cpi_2008_en.

⁹⁸ US Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2008, 26. Februar 2009.

⁹⁹ The Independent, Ex-minister arrested in Iraq, 2. Juni 2009: www.independent.co.uk/news/world/middle-east/exminister-arrested-in-iraq-1694536.html.

Wassersystem angeschlossen.¹⁰⁰ Im Februar 2009 hatten in Babil, Qadisiyah und Basra nur 31 Prozent der Haushalte Zugang zu sauberem Trinkwasser.¹⁰¹ Mit der vorhandenen Infrastruktur können die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nicht gedeckt werden.¹⁰²

Viele Güter des täglichen Bedarfs sind nicht vorhanden oder unbezahlbar. Die Preise für Nahrungsmittel haben sich vervielfacht; fast alle Nahrungsmittel müssen importiert werden. In der Landwirtschaft fehlt es an Wasser, Elektrizität, Saatgut und Dünger.¹⁰³ Zudem erlebt der Irak seit dem Winter 2008 die schlimmste Dürre seit zehn Jahren.¹⁰⁴ Die hohe Versalzung und Versteppung des Landes beeinflussen die Gesamternte zusätzlich negativ.¹⁰⁵

Der Irak gehört zu einem der am meisten verminnten Länder. Es wird geschätzt, dass 25 Millionen Landminen und mehr als 25 Millionen UXO (*Unexploded Explosive Ordinance*, Blindgänger) im Land verteilt sind. Bis 2018 sollte der Irak von den Minen geräumt sein.¹⁰⁶

Arbeit: Die Arbeitslosigkeit ist seit 2003 kontinuierlich gestiegen. Die irakische Regierung ging im Jahr 2008 von einer Arbeitslosigkeit von 30 bis 50 Prozent aus.¹⁰⁷ Andere schätzen die Arbeitslosigkeit auf 20 bis 68 Prozent, wobei in unsicheren Gebieten die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist.¹⁰⁸ Vor allem junge Menschen sind von der hohen Arbeitslosigkeit betroffen, alleine im Jahr 2009 sollte der Arbeitsmarkt 450'000 junge Menschen aufnehmen.¹⁰⁹ Auch IOM weist darauf hin, dass das Fehlen von Arbeitsplätzen im Zentral- und Südirak ein grosses Problem darstellt.¹¹⁰

Die irakische Wirtschaft wird vom Öl bestimmt; das Einkommen des irakischen Staates hängt zu 86 Prozent von den Erdöleinkommen ab.¹¹¹ Obwohl der Irak eine der weltweit grössten Ölreserven hat, mussten im Jahr 2007 wegen der mangelhaften Infrastruktur raffinierte Ölprodukte importiert werden.¹¹² Weitere wesentliche Wirtschaftszweige wie die Landwirtschaft und die Industrie sind noch nicht aufgebaut.¹¹³ In den letzten Jahrzehnten wurden keine neuen Produktionsarten etabliert, zudem leidet die Wirtschaft seit den 1990er-Jahren unter der Abwanderung und Flucht aus-

¹⁰⁰ UNSC, Report of the Secretary-General, 2. Juni 2009.

¹⁰¹ UNSC, Report of the Secretary-General, 20. Februar 2009.

¹⁰² ICRC, Annual Report 2008 – Iraq, 27. Mai 2009:
www.icrc.org/web/eng/siteeng0.nsf/htmlall/section_annual_report_2008?OpenDocument.

¹⁰³ Women for Women International: Stronger Women, Stronger Nations, 2008 Iraq Report, 3. März 2008: www.womenforwomen.org/news-women-for-women/files/IraqReport.03.03.08.pdf.

¹⁰⁴ UNSC, Report of the Secretary-General pursuant to paragraph 6 of resolution 1830 (2008), 6. November 2008: www.unhcr.org/refworld/pdfid/49197d642.pdf.

¹⁰⁵ IRIN, Iraq: Death knell for agriculture? 28. April 2009:
www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=84142.

¹⁰⁶ IRIN, Iraq: Death knell for agriculture? 28. April 2009.

¹⁰⁷ Economist Intelligence Unit (EIU), UK, Country Profile 2008: Iraq: www.eiu.com/index.asp.

¹⁰⁸ IOM, Enhanced and Integrated Approach regarding Information on Return and Reintegration in Countries of Origin, The Republic of Iraq, 5. Mai 2009:
<http://irrico.belgium.iom.int/images/stories/documents/Country%20Sheet%20Iraq%20EN.pdf>.

¹⁰⁹ UNSC, Report of the Secretary-General, 2. Juni 2009.

¹¹⁰ IOM, Information on Return and Reintegration in CoI, The Republic Of Iraq, 5. Mai 2009.

¹¹¹ WSW, Economic conditions worsen in Iraq, 23. März 2009:
www.wsws.org/articles/2009/mar2009/iraq-m23.shtml.

¹¹² SFH, Irak: Update vom August 2008, 14. August 2008.

¹¹³ IOM, Information on Return and Reintegration in CoI, The Republic Of Iraq, 5. Mai 2009.

gebildeten Personals; seit 2003 ist die Zahl der Abwanderung zusätzlich angestiegen.¹¹⁴

Medizinische Versorgung: Das Gesundheitssystem ist in einem desolaten Zustand. Nach Jahren der Vernachlässigung haben Tausende Iraker keinen oder nur bedingt Zugang zur Gesundheitsversorgung. Vor allem die primäre Gesundheitsversorgung ist betroffen, viele Ärzte und medizinisches Personal haben das Land aus Angst vor Entführungen und Ermordung verlassen.¹¹⁵ Seit Oktober 2008 dürfen irakische Ärzte zu ihrem Schutz eine Waffe tragen.¹¹⁶ Auch wenn sich die Sicherheitssituation verbessert hat, werden Ärzte immer noch bedroht.¹¹⁷ Es gibt auch kein Gesundheitsversicherungssystem.¹¹⁸

Unterkunft: Da im Irak seit 1982 keine Hausbauprojekte angegangen wurden, sind die Iraker mit einem Mangel an Unterkünften konfrontiert. Es wird davon ausgegangen, dass über drei Millionen Wohneinheiten fehlen.¹¹⁹ Besonders im Zentral- und Südirak gestaltet sich die Suche nach einer Unterkunft als sehr schwierig.¹²⁰

Nahrungsmittel: Das System zur Verteilung von Nahrungsmitteln (*Public Distribution System*) wurde 1995 eingeführt. Seit 2003 ist es wegen Korruption, Misswirtschaft und Unsicherheit in einem immer schlechteren Zustand. Viele Menschen erhalten nicht die festgelegte Ration, und die Qualität der Nahrungsmittel ist oft minderwertig.¹²¹

Flucht und interne Vertreibung: Im Januar 2009 lebten 1,2 bis 1,4 Millionen irakische Flüchtlinge in Syrien, 500'000 bis 600'000 in Jordanien und 20'000 bis 30'000 im Libanon.¹²² Im Juni 2009 schätzte IOM die Zahl der *Internally Displaced Persons* (IDPs) seit 2006 auf 1,6 Millionen.¹²³ Dazu kommen über eine Million IDPs, die vor 2003 vertrieben wurden.¹²⁴ Die Zahl der Flüchtlinge und intern Vertriebenen bleibt hoch. Die Menschen zögern wegen der Unsicherheit, der ethnisch homogenisierten Gebiete und der schlechten Infrastruktur zurückzukehren.¹²⁵

¹¹⁴ Economist Intelligence Unit (EIU), UK, Country Profile 2008: Iraq: www.eiu.com/index.asp.

¹¹⁵ Médecins Sans Frontières, Top Ten Humanitarian Crises of 2008: www.doctorswithoutborders.org/publications/topten/story.cfm?id=3240.

¹¹⁶ The Independent, Iraq allows doctors to carry guns for security, 17. Oktober 2008: www.independent.co.uk/news/world/middle-east/iraq-allows-doctors-to-carry-guns-for-security-964320.html.

¹¹⁷ Reuters, Iraq tries to entice back doctors who fled violence, 27. Juni 2008: www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900sid/PANA-7FZCJT?OpenDocument&query=criminal%20gangs&cc=irq.

¹¹⁸ IOM, Information on Return and Reintegration in Col, The Republic Of Iraq, 5. Mai 2009.

¹¹⁹ IOM, Information on Return and Reintegration in Col, The Republic Of Iraq, 5. Mai 2009.

¹²⁰ Women for Women International: Stronger Women, Stronger Nations, 2008 Iraq Report, 3. März 2008: www.womenforwomen.org/news-women-for-women/files/IraqReport.03.03.08.pdf.

¹²¹ IRIN, Iraq: Corruption undermining state food aid programme?, 19. Mai 2009: www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=84447.

¹²² UNHCR, Realizing protection space for Iraqi refugees: UNHCR in Syria, Jordan and Lebanon, Januar 2009: www.unhcr.org/publ/RESEARCH/4981d3ab2.pdf.

¹²³ IOM, IOM Iraq Assessments & Statistics Report, 1. Juni 2009: [www.reliefweb.int/rw/RWFiles2009.nsf/FilesByRWDocUnidFilename/VDUX-7SMLB2-full_report.pdf/\\$File/full_report.pdf](http://www.reliefweb.int/rw/RWFiles2009.nsf/FilesByRWDocUnidFilename/VDUX-7SMLB2-full_report.pdf/$File/full_report.pdf).

¹²⁴ UNHCR, Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers, April 2009.

¹²⁵ Refugees International, Iraq: Preventing the point of no return, 7. April 2009: www.refugeesinternational.org/sites/default/files/Iraq%20-%20Preventing%20the%20Point%20of%20No%20Return.pdf.

Trotz der Verbesserung der Sicherheit bleibt die Lage unberechenbar. Auch im Jahr 2008 kam es zu regionalen Fluchtbewegungen wie nach den Militäroperationen in Sadr City, Bagdad, in Basra oder in Mosul. Menschen flüchteten aus dem Gebiet der türkischen Grenze oder vor religiöser Gewalt wie die Christen aus Mosul. Auch wenn die IDPs besonders verletzlich sind, leidet die Gesamtbevölkerung unter den schwierigen Bedingungen.¹²⁶ Grosse Belastungen tragen vor allem die Provinzen Bagdad (über 550'000 IDPs), Ninewa und Diyala im Zentralirak (über 100'000 IDPs), Babil und Wassit (über 70'000 IDPs) im Südirak und Al-Anbar, Najaf und Kerbala (über 50'000 IDPs).¹²⁷

Seit 2008 erschweren Sicherheitsmassnahmen wie Checkpoints, Ausgangssperren, Sicherheitszäune und Bewilligungen für die Registrierung der IDPs die Situation der IDPs zusätzlich.¹²⁸ Einige Provinzen folgen formellen und informellen Restriktionen gegenüber IDPs, sie gewähren entweder keine Niederlassung, keine Registrierung oder verhindern den Zugang zu Hilfsleistungen.¹²⁹ Im Zentral- und Südirak werden IDPs von der ansässigen Bevölkerung und den lokalen Behörden unter Druck gesetzt, zurückzukehren oder einen neuen Aufenthaltsort zu suchen. Die Behörden in Salah Al-Din erklärten zum Beispiel, dass alle IDPs aus Diyala aus Sicherheitsgründen gehen müssten.¹³⁰

7 Rückkehr

Die Migrationsbewegungen innerhalb des Irak und aus dem Irak sind komplex und von verschiedenen Faktoren abhängig. Es kommt zu neuen Vertreibungen, Zweitvertreibungen, freiwilliger Umsiedlung oder Neuansiedlung entlang ethnischer und religiöser Grenzen. Die Verbesserung der Sicherheitssituation an einigen Orten im Zentralirak, eine zunehmende Homogenisierung der Gesellschaft, restriktivere Haltung der Nachbarländer, zunehmende Verarmung und Erschöpfung der finanziellen Ressourcen der Flüchtlinge und IDPs, Instabilität, Sicherheitsoperationen in bestimmten Gebieten und regionale Gewalt beeinflussen das Rückkehrverhalten der Bevölkerung.¹³¹

In Juli 2008 erliess das *Ministry of Displacement and Migration* eine Vorlage zur Behandlung und zu den Rechten von Flüchtlingen und Vertriebenen. Die Weisung ging darauf ein, dass Rückkehrer finanzielle Anreize erhalten sollen. Die Regierung will die Rückkehr fördern und unterstützen. Ziel sei auch die Begünstigung der friedlichen Koexistenz der verschiedenen Gruppen. Die Regierung will sich gegen die

¹²⁶ Internal Displacement Monitoring Centre, Iraq, 31. Dezember 2008.

¹²⁷ IDP Working Group, Internally Displaced Persons in Iraq – Update, September 2008: [www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/\(httpDocuments\)/D877BC914C6A92B3C125750D004BBF6B/\\$file/IDP+WG+Update+on+IDPs_returnees_Sep08.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/(httpDocuments)/D877BC914C6A92B3C125750D004BBF6B/$file/IDP+WG+Update+on+IDPs_returnees_Sep08.pdf).

¹²⁸ Internal Displacement Monitoring Centre, Iraq, 31. Dezember 2008.

¹²⁹ UNAMI, Human Rights Report, 1. Januar–30. Juni 2008: www.uniraq.org/documents/UNAMI_Human_Rights_Report_January_June_2008_EN.pdf.

¹³⁰ UNHCR, Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers, April 2009.

¹³¹ Internal Displacement Monitoring Centre, IRAQ: Challenges of forced displacement within Iraq, 29. Dezember 2008: www.unhcr.org/refworld/pdfid/4958d9112.pdf.

zunehmende Homogenisierung und für die Diversifizierung der irakischen Gesellschaft einsetzen.¹³²

Um die finanzielle Hilfe von ungefähr 800 US-Dollar zu erhalten, braucht es eine Registrierung. Viele Rückkehrer fürchten sich jedoch davor, da sie sich nicht exponieren wollen und unsicher sind, ob sie überhaupt bleiben werden. Die Regierung versprach auch Zahlungen von 1500 US-Dollar an Familien, die illegal das Haus von anderen IDPs in Besitz genommen haben und sich bereit erklären, dieses zu verlassen. Weitere Anreize der Regierung sind die Bezahlung von Flugtickets, Übernahme der Umzugskosten und Kompensationszahlungen für zerstörtes Eigentum.¹³³ Die irakische Regierung hofft, dass auch gut ausgebildete Akademiker zurückkehren. Dafür erhöht sie die Löhne für Beamte, führt verschiedene Sicherheitsmassnahmen ein, mit denen der physische Schutz für Ärzte und Richter gewährleistet werden soll, und bietet neue Lebensversicherungen für Professoren und andere Akademiker an. Bis anhin sind nur wenige zurück gekommen, immer noch verlassen viele das Land.¹³⁴

Neben den Anreizen traf die irakische Regierung auch Vereinbarungen mit Aufnahmeländern, um die Rückkehr der Flüchtlinge zu fördern. Im März 2008 verkündete zum Beispiel Jordanien, dass allen Irakern, deren Aufenthaltsbewilligung verfallen ist, die Strafe (3 US-Dollar pro Tag) erlassen wird, wenn sie Jordanien verlassen.¹³⁵ Im Februar 2008 schloss Schweden mit der irakischen Regierung ein *Memorandum of Understanding* (MoU) ab, dementsprechend die irakische Behörden auch abgewiesene Asylsuchende aufnehmen werde, die zwangsrückgeführt werden. Bis anhin nahm die irakische Regierung nur freiwillig zurückkehrenden Personen auf.¹³⁶ Das MoU beinhaltet die Versicherung der irakischen Regierung, dass sie den Rückkehrenden Schutz gewähren werde. Dies wurde im Februar 2009 von einem schwedischen Gericht angezweifelt. Im August 2009 zeigte eine Untersuchung, dass von 25 abgewiesenen irakischen Christen, die freiwillig oder unter Zwang nach Bagdad rückgeführt wurden, nur noch eine Person in Bagdad lebt. Iraks Migrationsminister äusserte sich in einem der hitzigen Diskussion in Schweden folgenden Interview dahingehend, dass die irakische Regierung nicht wolle, dass jemand gezwungen werde zurückzukehren.¹³⁷

Bis Ende 2008 sind 40'000 Familien zurückgekehrt.¹³⁸ Das *Internal Displacement Monitoring Center* geht davon aus, dass sechs Prozent der Vertriebenen bis Ende 2008 zurückgekehrt sind.¹³⁹ Die Rückkehrer finden oft zerstörte Häuser vor, viele erhalten keine Regierungshilfe, da das Programm noch nicht wirkungsvoll implemen-

¹³² Internal Displacement Monitoring Centre, Iraq, 31. Dezember 2008.

¹³³ Minority Rights Group International, *Uncertain Refuge, Dangerous Return: Iraq's Uprooted Minorities*, 24. September 2009: www.minorityrights.org/8132/reports/uncertain-refuge-dangerous-return-iraqs-uprooted-minorities.html.

¹³⁴ UNHCR, *Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers*, April 2009.

¹³⁵ Minority Rights Group International, *Uncertain Refuge, Dangerous Return: Iraq's Uprooted Minorities*, 24. September 2009.

¹³⁶ Amnesty International, *Annual Report 2009: Sweden*: <http://report2009.amnesty.org/en/regions/europe-central-asia/sweden>.

¹³⁷ Interview on Swedish Radio News, 26 August 2009, in: Minority Rights Group International, *Uncertain Refuge, Dangerous Return: Iraq's Uprooted Minorities*, 24. September 2009.

¹³⁸ UNSC, *Report of the Secretary-General*, 20. Februar 2009.

¹³⁹ Internal Displacement Monitoring Centre, Iraq, 31. Dezember 2008.

tiert ist.¹⁴⁰ Die Erneuerung der Nahrungsmittel-Karten ist ein weiteres Problem. Die Unterstützung fällt häufig ungerecht aus. So werden zum Beispiel Schiiten, die in sunnitisch dominierte Gebiete zurückkehren, benachteiligt.¹⁴¹

Die wenigen Rückkehrer kehren in Gebiete und Quartiere zurück, die ethnisch und religiös homogen sind. Eine Rückkehr in heterogene Wohngegenden ist äusserst selten.¹⁴² Die Segregation entlang der religiösen Linien lässt sich vor allem auch in Bagdad feststellen. Die Trennung der religiösen Gruppen hat zwar zur Verminderung der Gewalt beigetragen, doch eine Annäherung der verschiedenen Fraktionen ist in weiter Ferne.¹⁴³

Die Regierung verkennt die soziale, wirtschaftliche und politische Realität und die Kapazität des Landes, überhaupt so viele Menschen wieder aufzunehmen.¹⁴⁴ Viele Stimmen warnen vor einer verfrühten Rückkehr, da diese unter den bestehenden Bedingungen nicht nachhaltig sein werde.¹⁴⁵

¹⁴⁰ UNSC, Report of the Secretary-General, 20. Februar 2009. IOM Iraq Assessments & Statistics Report, 1. Juni 2009: [www.reliefweb.int/rw/RWFiles2009.nsf/FilesByRWDocUnidFilename/VDUX-7SMLB2-full_report.pdf/\\$File/full_report.pdf](http://www.reliefweb.int/rw/RWFiles2009.nsf/FilesByRWDocUnidFilename/VDUX-7SMLB2-full_report.pdf/$File/full_report.pdf).

¹⁴¹ Refugees International, Uprooted and Unstable: Meeting Urgent Humanitarian Needs in Iraq, 15. April 2008: www.unhcr.org/refworld/country,,RI,,IRQ,4562d8cf2,4806fb5d2,0.html.

¹⁴² IDP Working Group, Internally Displaced Persons in Iraq Update, 24. März 2008: www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/media/docs/reports/wg_update_032008.pdf.

¹⁴³ UNAMI, Human Rights Report, 1. Juli 2008–31. Dezember 2008.

¹⁴⁴ Refugees International, Iraq: Preventing the point of no return, 7. April 2009.

¹⁴⁵ Internal Displacement Monitoring Centre, Iraq, 31. Dezember 2008.